**DAS BAU- UND  
AUSBAUHANDWERK**

Hausanschrift:

Baumschulenallee 12

30625 Hannover

Postanschrift:

Postfach 61 01 69

30601 Hannover

Telefon: (0511) 957 57 – 60

Telefax: (0511) 957 57 – 40

E-Mail: kontakt@lv-bau.de

[www.lv-bauwirtschaft.de](http://www.lv-bauwirtschaft.de)















**Tag der Bauwirtschaft am 3.11.2022**

**Bau- und Ausbauhandwerk im Dialog mit Minister Olaf Lies:**

**„Wir sind Träger der Energiewende – aber die Rahmenbedingungen müssen stimmen!“**

„Die Sanierung im Bestand bietet ein enormes Potenzial für den Klimaschutz – aber dafür müssten wir durchstarten können! Die Angst vor der Inflation lässt viele Verbraucher zögern vor Investitionsentscheidungen – aber das ist es nicht allein. Es gibt zu viele weitere Bremsklötze für die Betriebe. Diese müssen aus dem Weg geräumt werden – gemeinsam mit der Politik auf Landes- und Bundesebene!“   
Mit diesen Worten begrüßte der Präsident der Landesvereinigung Bauwirt­schaft, Frank Senger die Gäste des Tages der Bauwirtschaft 2022 in Hannover.

Besonders begrüßt wurde Umweltminister Olaf Lies: „Wir freuen uns, dass Ihnen der Baubereich so am Herzen liegt, dass er zukünftig auch zu Ihren Aufgaben als Wirtschaftsminister gehört!“, so Senger.

In der anschließenden Gesprächsrunde mit Unternehmern aus den Mitgliedsverbänden der LV Bauwirtschaft bekamen die Gäste einen persönlichen Eindruck der Bremsklötze, für deren Beseitigung politischer Rückenwind nötig wäre:

Frank Senger warnte bei der Sanierung im Bestand vor politischen Einbahnstraßen:

„Wir brauchen Technologieoffenheit auch bei der Ausgestaltung von Förderprogrammen - die Wärmepumpe ist zwar oft das Mittel der Wahl – aber eben nicht immer.“ Den Verbrauchern dürfe kein Sand in die Augen gestreut werden – allein der Einbau einer Pumpe reiche nicht. Vielmehr sei das gebäudespezifische Auslegen zwingend erforderlich. Und auch der Vorwurf, das Handwerk sei der „Flaschenhals“ sei schlicht falsch – eine aktuelle Umfrage allein bei den Innungen organsierten Betrieben habe gezeigt, dass die Betriebe bereit stünden – wenn denn das Material vorrätig wäre.

Christan Staub, Präsident des Baugewerbe-Verbandes, warb mit Blick auf den Straßenbau dafür, endlich die Hemmnisse für den Einsatz von Recycling-Baustoffen zu beseitigen: „Wir könnten in viel größerem Umfang als bisher gütegesicherte recycelte Baustoffe einsetzen – aber die Akzeptanz bei den Auftraggebern fehlt“. Um diese zu erhöhen, müsse dringend der „Abfallstatus“ für die Recycling-Baustoffe entfallen und eine Gleichstellung mit Primärbaustoffen erfolgen. Obwohl dies seit Jahren gefordert werde, hätte auch die neue Ersatzbaustoffverordnung hier eher die Situation verschlechtert - dies sei frustrierend, da dadurch noch mehr Material auf den Deponien lande, das dort eigentlich nicht hingehöre. Und das, obwohl Deponiekapazitäten fehlen, so dass zusätzlich umweltbelastende „Abfall-Transporte“ erforderlich würden.

Wie wichtig das rechtzeitige Abfedern der Energiepreissteigerungen auch für die Betriebe im Bau, Ausbau und der Gebäudedienstleistung ist, erläuterte Matthias Winter, LIM des Tischlerverbands: „Wenn uns die Baustoffe ausgehen, weil unsere Zulieferer ihre Produktion wegen zu hoher Energiepreise drosseln oder sogar einstellen – dann können wir nicht arbeiten, müssen unsere Mitarbeiter/Innen in Kurzarbeit schicken und die Klimawende bleibt auf der Strecke.“ Zudem machte er u.a. mit Blick auf die Taxonomie deutlich, wie wichtig es sei, die Betriebe in der aktuellen Situation vor weiteren überproportionalen Belastungen durch Dokumentationspflichten zu schützen.

Angesichts des Fachkräftebedarfs forderte Karsten Krügener die rechtzeitige Berufsorientierung endlich wirklich umzusetzen. „In der Praxis ist hier noch viel Luft nach oben! Wir brauchen eine Bildungswende in den Köpfen – nur aufgeschrieben in Wahlprogrammen und Koalitionsvereinbarungen reicht es nicht!“, so Krügener. Zudem müsse auch die qualifizierte Zuwanderung so verständlich geregelt werden, dass kleine und mittlere Unternehmen auf diesem Wege einen Teil der benötigen Fachkräfte gewinnen können. Die Betriebe bräuchten vor allem Unterstützung bei der sprachlichen und organisatorischen Integrationsarbeit der zugewanderten Fachkräfte.

Abschließend warb Reinhard Quast, Präsident des Zentralverbands des Deutschen Baugewerbes dafür, die auf Bundesebene verabschiedeten Vorschläge des Bündnisses für Bezahlbares Wohnen nun auch zügig umzusetzen – mit Unterstützung aus Niedersachsen müsse es gelingen, hier insbesondere den Fokus auf den sozialen Wohnungsbau zu lenken.Bearbeitungsfristen in Planungs- und Genehmigungsverfahren müssten dringend verkürzt werden. Zudem gelte es, den Einsatz von Mitteln für den sozialen Wohnungsbau nicht an zu hohe Energiestandards zu knüpfen. Die Erstellungskosten seien dann schlicht zu hoch - eben nicht vereinbar mit den Mietvorgaben, die später einzuhalten seien – hier müsse man sich schlicht an den Grundrechenarten orientieren: „Nicht das Maximale fordern, sondern das Machbare fördern“- so Quast.

**Umweltminister Olaf Lies** erwiderte in seiner anschließenden Rede, mit welchen Schritten er -auch in seiner neuen Funktion als Wirtschaftsminister mit Zuständigkeit für den Bau- den beschriebenen Hemmnissen entgegenwirken wolle. Dabei kündigte er einen engen Dialog mit den betroffenen Branchen an. So werde z.B. das niedersächsische Bündnis für Bezahlbares Wohnen fortgesetzt und hier der in der Tat bestehende Regulierungsüberbau weiter in den Blick genommen: Er plane, die Sanierung im Bestand durch eine eigenständige oder eine in die Bauordnung integrierte Umbauverordnung zu erleichtern. Zudem gelte es auch, die Förderkulisse zu beobachten: Kritisch sah er die Preisentwicklung bei einigen geförderten Materialien – es dürfe nicht sein, dass diese durch die Förderung teurer würden. Durch die Gründung einer Landeswohnungsbaugesellschaft wolle er mehr Spielraum für die Schaffung von sozialem, bezahlbarem und klimagerechtem Wohnraum erreichen – um auch der eingeforderten Vorbildfunktion der öffentlichen Hand Rechnung zu tragen. Die Forderung nach Technologieoffenheit teilte er insoweit, als keine „einseitige Idealisierung des Stroms“ erfolgen dürfe.

Abgerundet wurde die Veranstaltung von dem multimedialen Musikvortrag „Zukunftsmusik“ von Songwriter, Band-Pianist und Producer **Emanuel Koch.** Am Beispiel der Musikbranche machte er Mut für ein Herangehen an die anstehenden Ver­änderungsprozesse – auch im Bau, Ausbau und der Gebäudedienstleistung.